



## Niederschrift

### 2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 27.08.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:03 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

##### Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Herr Pete Heuer	SPD
Herr David Kolesnyk	SPD
Herr Marcus Krause	SPD
Herr Günter Anger	CDU/ANW
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW
Herr Matthias Finken	CDU/ANW
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90
Herr Peter Schüler	Grüne/B90
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis/FDP
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten BVB Freie Wähler

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth	SPD
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Frau Jenny Pöller	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	AfD	nicht entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Finanzen	Frau Runge, Luftschiffhafen GmbH
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur und Sport	Herr Müller-Zinsius, ProPotsdam GmbH
Frau Müller-Preinesberger, GB für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung	Herr Böhme, Stadtwerke Potsdam
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt	Frau Krusemark, FB Recht, Personal und Organisation
Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung	Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	Frau Rigot, Büro des Oberbürgermeisters
	weitere Gäste – siehe Gästeliste

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
02.07.2014
- 3 Einsprüche gegen die Kommunalwahl am 25. Mai 2014
- 4 Bestellung der Schriftführerin und der stellv. Schriftführerin
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurgHermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0468  
Fraktion DIE LINKE
- 5.2 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP  
Vorlage: 14/SVV/0275  
Fraktion SPD
- 5.3 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische  
Schlösser und Gärten  
Vorlage: 14/SVV/0374  
Fraktion CDU/ANW
- 5.4 Wirtschaftsbeirat für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0660  
Fraktion SPD  
Äa Fraktion CDU/ANW
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Bericht über die vorgenommenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen bzgl. der  
Anschlussentscheidung zum Bürgerbegehren für die "Auflösung der Stiftung  
Garnisonkirche Potsdam"  
gemäß Beschluss: 14/SVV/0708
- 6.2 Kommunale Immobilienverkäufe 2014  
Vorlage: 14/SVV/0747  
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
- 6.3 Verabschiedung der Ombudsfrau gegen Korruption

- 6.4 Auswertung Stadtwerkefest 2014 und Planungen 2015
- 6.5 Information bzgl. Dienstleistungen der Deutschen Post
- 6.6 Information zur Einführungsveranstaltung für neue Stadtverordnete  
am 29.09., 16:30 Uhr
- 7 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.07.2014**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um folgende Punkte zu erweitern:

- Information zum Luftschiffhafen – nach Tagesordnungspunkt 6.6,
- Beantwortung der Anfrage 14/SVV/0627 - Information über den aktuellen Sachstand – Betriebsvereinbarung Klinikum Ernst von Bergmann – gemäß der Zusage in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09.07.2014,
- Information unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu den Rahmenbedingungen und Nutzungsplänen des ehemaligen Restaurants „Minsk“ auf Bitte der Fraktion DIE LINKE,
- Information zum Zeitplan der Diskussion eines Entwurfs der Fraktionsfinanzierung sowie der Entschädigungssatzung – ebenfalls unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“.

Im Weiteren bittet Herr Kirsch um eine Information zum Stand 110-KV-Leitung Golm, die der Oberbürgermeister unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zusagt.

Die von Herrn Dr. Scharfenberg erbetene Information zum Parkverbot im Werderschen Weg und den Protesten der Kleingartensparte Potsdam-West wird den Fraktionen zeitnah übermittelt.

Dem von Herrn Linke für die Fraktion DIE aNDERE beantragen Rederecht für die Bürgerinitiative „Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“ wird mit

Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Konstituierenden Sitzung vom 02.07.2014 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### zu 3      **Einsprüche gegen die Kommunalwahl am 25. Mai 2014**

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung per Beschluss in der letzten Sitzung die Aufgabe der Vorprüfung von Wahleinsprüchen dem Hauptausschuss übertragen hat. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Wahleinsprüche trifft die Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung am 17.09.2014. Gemäß § 56 Abs. 2 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz können die Beteiligten auf Antrag gehört werden; entsprechende Anträge liegen derzeit nicht vor. Wenn sich der Hauptausschuss dazu entschließt, könne dies in der nächsten Sitzung am 10.09.2014 erfolgen.

Anschließend erläutert Herr Dr. Förster die ausgereichten Wahleinsprüche sowie seine Stellungnahme als Wahlleiter. Er empfiehlt im Ergebnis, 3 Wahleinsprüche als unbegründet und einen wegen Unzulässigkeit (der Wahleinspruch wurde von einer nicht wahlberechtigten Person eingelegt) zurückzuweisen.

In der sich anschließenden Diskussion führt Herr Schüler aus, dass er den Wahleinspruch des Herrn Dr. Wegewitz nicht als unbegründet, sondern als begründet ansehe, wenn auch damit das Wahlergebnis nicht in unzulässiger Weise beeinflusst wurde. Laut einem BGH-Urteil sei der akademische Grad zwar nicht Bestandteil des Namens, trotzdem sehe er in der Aufführung des akademischen Grades bei denen, die dies auch ungefragt angegeben haben, eine Ungleichbehandlung und diese sei eben bei einer Wahl unzulässig. Er plädiert dafür, Herrn Dr. Wegewitz zu seinem Wahleinspruch anzuhören.

Dieser Antrag wird zur Abstimmung gestellt und mit 7 Nein-Stimmen, bei 5 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Im Weiteren werden pro und contra der Angabe des akademischen Grades diskutiert und empfohlen, diese Angabe zukünftig explizit abzufragen.

Anschließend wird der Antrag von Herrn Schüler, den Wahleinspruch von Herrn Dr. Wegewitz als begründet, aber das Ergebnis der Wahl nicht beeinflussend zurückzuweisen, mit 7 Nein-Stimmen **abgelehnt**, bei 4 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen.

Der Oberbürgermeister stellt die Empfehlung des Wahlleiters, 3 Wahleinsprüche als unbegründet und eine wegen Unzulässigkeit zurückzuweisen, zur Abstimmung:

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	15
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

**zu 4 Bestellung der Schriftführerin und der stellv. Schriftführerin**

Der Vorschlag des Oberbürgermeisters,

Frau Heike Ziegenbein als Schriftführerin  
und

Frau Susanne Junge als stellvertretende Schriftführerin  
zu bestellen,  
wird **einstimmig bestätigt**.

**zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 5.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

Herr Exner informiert, dass das Wertermittlungsverfahren derzeit laufe und das Ergebnis in ca. 1 – 2 Wochen erwartet werde. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann mit einem endgültigen Ergebnis zu rechnen sei, entgegnet er, dass die Stadt hier nicht allein entscheide, sondern von der Zustimmung des Vereins abhängig sei.

Gegen den Vorschlag, über den Sachstand in der Hauptausschusssitzung am 24.09.2014 erneut zu berichten, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 5.2 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP  
Vorlage: 14/SVV/0275**

Fraktion SPD

Herr Heuer bittet namens der Fraktion SPD um eine erneute **Zurückstellung** des Antrags, da das von der Fraktion beauftragte Gutachten noch nicht vorliege. Er gehe davon aus, dass der Antrag in der Hauptausschusssitzung am **10.09.14** beraten werden kann.

Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 5.3 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung  
Preußische Schlösser und Gärten**

**Vorlage: 14/SVV/0374**

Fraktion CDU/ANW

Herr Finken bringt den Antrag und den Ergänzungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) umgehend Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung zur Regelung der grundsätzlichen Zusammenarbeit in allen Angelegenheiten, die sowohl die LHP als auch die SPSG betreffen, aufzunehmen und finanziell zu unterstützen. Der Vertrag soll im 3. Quartal 2014 der SVV vorgelegt werden.

### **Ergänzung:**

Der Vertrag soll grundsätzlich Aussagen zur Zusammenarbeit, zu den grundsätzlichen Interessen und Erwartungen der Vertragspartner sowie eine gemeinsame Zielsetzung enthalten. Die in der DS 14/SVV/0010 mit Ergänzung und DS 14/SVV/0686 aufgeführten Details sollten sich in einem zweiten Teil wiederfinden und in einem dritten Kapitel sollten Abläufe, Zuständigkeiten, Kontrolle und Verantwortung geregelt werden. Der Vertrag soll im ersten Quartal 2015 vorgelegt werden.

Frau Dr. Schröter betont in ihren Ausführungen, dass die Fraktion DIE LINKE schon immer für ein zuverlässiges, kooperatives und freundschaftliches Verhältnis zur Stiftung geworben habe und insofern das Anliegen auch mittragen könne. Allerdings sei auch aus den vorgetragenen Ergänzungen nicht erkennbar, was das substantiell Neue dabei sein soll. Die Frage sei, wie das Anliegen zu einer höheren Qualität führen solle, also qualitativ besser als das bereits Vorhandene.

Herr Heuer äußert rechtliche und formelle Bedenken, da die Landeshauptstadt die Stiftung nicht verpflichten könne.

Herr Finken führt aus, dass die Verwaltung, wenn sie bereits so wie gefordert handele, auch schriftlich darlegen könne, wie sie sich gegenüber der Stiftung verhalte. Er bestätigt die Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass es Anliegen des Antrags sei, die Regelungen zu systematisieren und zu strukturieren.

Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, in diesem Sinne einen Vorschlag im Februar 2015 zu unterbreiten, wird **mit Stimmenmehrheit angenommen**, bei einer Stimmenthaltung.

## **zu 5.4 Wirtschaftsbeirat für die Landeshauptstadt Potsdam**

### **Vorlage: 14/SVV/0660**

Fraktion SPD

Äa Fraktion CDU/ANW

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Herr Friederich für Herrn Anger an der Sitzung teil und begründet den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW, das Gremium „Beirat für Innovation, Transformation und Wirtschaft“ zu benennen.

Anschließend erläutert Herr Frerichs nochmals das Anliegen der Antragsteller, die Kommunikation zwischen lokaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu verbessern und eine bestmögliche Infrastruktur für Unternehmensgründungen zu schaffen. Die Verwaltung sehe ein Wirtschaftsgremium für die Landeshauptstadt ebenfalls als erforderlich an. Die Themenkreise der Wirtschaft respektive der Wirtschaftsförderung seien jedoch sehr breit aufgestellt und die Kommunikation und Abstimmung erfolge sektoral (nach Themen, Branchen, Cluster). Darüber hinaus gebe es bereits mehrere Gremien, Arbeitskreise, Netzwerke, Foren, Jour fixe, Beiräte, wie z. B. den Einzelhandel und den ländlichen Raum betreffend, Gründerforum, Fachkräfteforum, Medienstandort, Tourismusbeirat, Verwaltungsausschuss, Wissenschaftsbeirat, Innenstadt, Babelsberg, Wissenschaftspark Golm, u.v.a.m.

Deshalb sollte es einen **Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam** als unabhängiges, übergreifendes Experten- und Beratergremium für Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung geben, dem ca. 15 Personen, (Unternehmerpersönlichkeiten) angehören und das kein Gremium für die „operative“ Ebene (Doppelung) sein soll. Die Ergebnisse der oben genannten

Gremien sollen einfließen.

Der Vorschlag für die Mitglieder sollte durch den Oberbürgermeister (Wirtschaftsförderung) unterbreitet werden, die Berufung der stimmberechtigten Mitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgen, der Vorsitz und die Reglements (Turnus, Geschäftsordnung) durch den Wirtschaftsrat selbst bestimmt werden, die Tagesordnung/Themen und ggf. Sachverständige in Abstimmung zwischen Vorsitzendem und Oberbürgermeister festgelegt werden und der Bereich Wirtschaftsförderung den Wirtschaftsrat als ständiger Sitzungsteilnehmer begleitet.

Herr Friederich betont in seinen Ausführungen, dass der Kernansatz aufgenommen worden sei. Der Stadt fehle eine strategisch verbindliche Ebene als Impulsgeber auch für die angrenzenden Landkreise und die Stadt Berlin. Mit der Zusammensetzung sollte nicht zu sehr Verwaltungshandeln und Verwaltungsverfahren entsprechen, sondern sich freien Verbänden und Initiativen öffnen. Er meine, dass Innovation und Transformation mit dem Vorschlag von Herrn Frerichs etwas „unter den Tisch „ fallen.

Herr Dr. Scharfenberg freue sich über die Aufgeschlossenheit gegenüber diesem Thema, dass die Fraktion DIE LINKE bereits 2004 und 2006 aufgerufen habe und das beide Male abgelehnt worden sei. Jetzt sollte man nicht der Versuchung unterliegen, zu viel in den Vorschlag hineinzulegen, der zeitnah unterbreitet werden müsse.

Herr Linke plädiert für eine Zusammensetzung, die eine strategische Beratung ermögliche. Die Personen sollten keine Volksvertreter oder Verbandsvertreter sein, sondern Unternehmer. Außerdem benötige ein solches Gremium auch eine entsprechende Ausstattung, um eigenverantwortlich arbeiten zu können. Herr Heuer sieht das Anliegen des Antrags der SPD aufgenommen und schließt sich ebenso wie Herr Kirsch den Ausführungen von Herrn Linke bezüglich der Ausstattung an.

Hier, so der Oberbürgermeister, könne die Stadt sicher einen Beitrag leisten; die Ausstattung müsse sich aber auch aus anderen Finanzierungsquellen speisen. Er empfiehlt, einen Vorschlag im Rahmen dessen, was Herr Frerichs vorgetragen habe, zu erarbeiten und diesen im Hauptausschuss vorzustellen. Dieser Vorschlag könne im Hauptausschuss modifiziert und qualifiziert werden, um ihn anschließend fraktionsübergreifend abgestimmt in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Dieser Beschlussvorschlag sollte in der Hauptausschusssitzung am 15.10.2014 vorgelegt werden. Bis dahin wird der Antrag zurückgestellt.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

## **zu 6            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 6.1        Bericht über die vorgenommenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen bzgl. der Anschlussentscheidung zum Bürgerbegehren für die "Auflösung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam" gemäß Beschluss: 14/SVV/0708**

Eingangs erhält Herr Simon Wohlfahrt als Vertreter der Bürgerinitiative „Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“ das Rederecht. Er reicht eine Liste mit Maßnahmen aus, die die Stadt Potsdam aus Sicht der Bürgerinitiative ergreifen sollte, um auf die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche hinzuwirken und erläutert diese.

Anschließend verweist der Oberbürgermeister auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Juli 2014, mit dem er beauftragt wurde, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die Stiftung aufzulösen. Damit gebe es schon allein einen Widerspruch, denn die Stadtverordnetenversammlung habe ihn zum einen beauftragt, die Stiftung zu gründen und nun diese aufzulösen. Deshalb habe er angekündigt, eine rechtliche Expertise anfertigen zu lassen, die nun vorliege.

Frau Krusemark erläutert die rechtliche Expertise, die der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Darauf Bezug nehmend betont der Oberbürgermeister, dass er daraus ableitend den Antrag an sich gar nicht stellen könne, es aber mit der Aussicht, dass die anderen Kuratoriumsmitglieder diesen ablehnen müssen, weil sie sonst rechtswidrig handeln würden, tun werde. Da er nicht als Privatperson im Kuratorium vertreten ist, sondern als der von der Stadt beauftragte Vertreter, werde er den Antrag in der nächsten Kuratoriumssitzung, die noch vor dem 17.09.14 stattfinden werde, stellen. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.09.2014 könne er über das Ergebnis berichten und auch darüber, wie in der Kuratoriumssitzung das Thema Bürgerdialog aufgegriffen und erörtert worden sei. Das deshalb, weil in den vergangenen Wochen deutlich geworden sei, dass diese Notwendigkeit bestehe und erkannt werden müsse, dass nicht die Stadt, sondern die Stiftung/der Stiftungsrat handelnder Akteur sei und den Diskussionsprozess führen müsse. Deutlich werde auch der erhebliche Diskussionsbedarf innerhalb der Kirche. Wenn kein ausdrücklicher Widerspruch seitens des Hauptausschusses bestehe, werde er so wie eben vorgetragen verfahren.

In der anschließenden Diskussion betont Herr Linke, dass eine Antragstellung an sich möglich und auch gerechtfertigt sei. Die Stiftung bestehe nach Kirchenrecht und die Mitwirkung der Stadt widerspreche nach seiner Auffassung der Trennung zwischen Kirche und Staat. Deshalb sei eine Antragstellung auch ein Selbstschutz. Wenn der Oberbürgermeister den Bürgerwillen ernst nehme, sollte er dem Sitz in der Stiftung künftig fern bleiben.

Herr Schultheiß führt aus, dass die Kirche für das Vorhaben Bauherr sei und sich der Stiftung bediene, um Geld dafür zu sammeln. Die Stadtverordnetenversammlung habe an sich dabei kein Mitspracherecht oder andere Rechte. Da keine Möglichkeiten bestehen, sollte sich die Stadtverordnetenversammlung auch nicht weiter damit befassen.

Herr Dr. Scharfenberg widerspricht dem, denn sonst hätte die Mitgliedschaft der Stadt dort keinen Sinn. Der Diskussionsprozess um das Für und Wider gehe schon seit 1990 und nun gebe es einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und über 14.000 Unterschriften. Das große Interesse, über diese Sache zu diskutieren und die Garnisonkirche nicht zu wollen, sollte auch zur Kenntnis genommen werden. Er wirbt dafür, den Diskussionsprozess ernst zu nehmen und zu prüfen, ob sich die Stadt aus der Stiftung zurückziehe. In diesen Prozess sollte eine Bürgerbefragung einbezogen und sich mit den zu dabei zu stellenden Fragen beschäftigt werden. Die Garnisonkirche als Ort der Versöhnung brauche eine breite Akzeptanz.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass es heute um die Verdeutlichung der nächsten Schritte gehe und wie er sich als Vertreter der Stadt in der nächsten Stiftungssitzung verhalten werde. Die Ergebnisse der nächsten Stiftungssitzung seien nun abzuwarten, um anschließend über das weitere Vorgehen zu diesem Thema in's Gespräch zu kommen.



## **zu 6.2 Kommunale Immobilienverkäufe 2014**

### **Vorlage: 14/SVV/0747**

Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bezüglich des termingerechten Verkaufs des Garagengrundstücks „Unter den Eichen“. Die Beschlussvorlage, so Herr Exner, werde in der Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung noch nicht vorgelegt werden können, da die Ergebnisse des vom Garagenverein beauftragten Gutachtens und deren Einfluss auf den Verkehrswert noch geprüft werden müssen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung als erfüllt ansehe, wenn die Beschlussvorlage zum Grundstücksverkauf im September in der Beigeordnetenkonferenz vorliege.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 6.3 Beendigung der Tätigkeit der Ombudsfrau gegen Korruption**

Der Oberbürgermeister informiert, dass ihn Frau Schäfer davon in Kenntnis gesetzt habe, dass sie das Vertragsverhältnis mit der Stadt Potsdam auf Grund anderer Verpflichtungen, die sie zeitlich sehr einbinden, nicht mehr fortsetzen könne. Bis zum Ende des Jahres sei sie noch beschäftigt. Die Stadt sei um einen nahtlosen Übergang bemüht und bereite derzeit eine beschränkte Ausschreibung vor.

Der Oberbürgermeister dankt Frau Schäfer für die Unterstützung, denn mit ihren Aufgaben habe die Stadt „Neuland“ betreten.

## **zu 6.4 Auswertung Stadtwerkefest 2014 und Planungen 2015**

Herr Böhme informiert über den Verlauf, die Kosten und Einschätzungen des Stadtwerkefestes 2014 an Hand einer Power-Point-Präsentation sowie einen Ausblick auf die Planungen 2015 – 2017. Soweit es keine Einwände dagegen gebe, werde mit den Planungen für das Stadtwerkefest 2015, das vom 03. – 05. Juli stattfinden werde, ab sofort begonnen.

Auf die Anmerkung von Herrn Heinzl, dass die Wettbewerbsergebnisse zur Gestaltung des Lustgartens den Standort des Stadtwerkefestes gefährden könnten, entgegnet Herr Böhme, dass bereits andere Flächen geprüft worden seien. Letztendlich müsse man sich damit auseinandersetzen, wenn konkrete Ergebnisse vorliegen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 6.5 Information bzgl. Dienstleistungen der Deutschen Post**

Frau Rigot informiert über die Mitteilung der Deutschen Post AG, die Filialen in der Georg-Hermann-Allee (hier werden noch alternative Lösungen geprüft) und in der Lotte Pulewka-Straße (hier steht eine Filiale in der Karl-Liebknecht-Straße zur Verfügung) zu schließen.

Gegen ihren Vorschlag, diese Informationen zukünftig „auf kurzem Weg“ über die Fraktionen zur Kenntnis zu geben, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 6.6 Information zur Einführungsveranstaltung für neue Stadtverordnete  
am 29.09., 16:30 Uhr**

Dem Vorschlag des Oberbürgermeisters entsprechend, für die neu gewählten Stadtverordneten eine Einführungsveranstaltung anzubieten, so Frau Rigot, werde diese nun für den 29. September 2014 geplant. Neben der Vorstellung der Dienstleistungen des Büros der Stadtverordnetenversammlung und der Vorstellung der Beauftragten für Gleichstellung, Migration und Integration sowie für Menschen mit Behinderung, sollen der Prozess der Leitbildentwicklung sowie der Planungsprozess des Haushalts 2015/2016 vorgestellt werden.

Soweit es hier seitens des Hauptausschusses Einverständnis gebe, werden die Einladungen in den nächsten Tagen verschickt.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, werden auch neue sachkundige Einwohner zu dieser Veranstaltung eingeladen.

**neu Luftschiffhafen**

Herr Erdmann informiert eingangs zusammenfassend über den gegenwärtigen Sachstand der Prüfung der Akten und der Fördermittelvorgänge. Neben Gesprächen mit den Beteiligten sei zum Thema Dacheindeckung ein Gutachten erstellt worden. Bezüglich der Pilonenverankerung liege das Gutachten noch nicht vor. Im Ergebnis der bisherigen Untersuchungen liege die Hauptverantwortung beim Generalauftragnehmer; entsprechende Verfahren laufen. Er stellt abschließend fest, dass die Aufarbeitung schwierig und die Aktenlage mäßig sei. Daraus habe die Stadt bereits erste Schlussfolgerungen bezüglich der Aktendokumentation und der Einführung eines Vertragsmanagements gezogen.

Im Weiteren informiert Herr Müller-Zinsius über die Entwicklung des Standortes Luftschiffhafen und die Aufgaben der Pro Potsdam bzw. der Luftschiffhafen GmbH.

Daran anschließend erläutert Frau Runge Ursachen, die Sanierungsmaßnahmen und die Kostenentwicklung bzw. Kostenprognose bezüglich der Dachkonstruktion an Schwimmhalle und Leichtathletikhalle.

Die entsprechende Power-Point-Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Kosten für die Betonsanierung der Pilonen nicht im Zusammenhang mit der Dachsanierung stehen. Bezüglich der Kosten seien Anträge gestellt und werden derzeit Gespräche mit Bund und Land geführt. Hierzu gebe es positive Signale vom Land – Zusagen stehen aber noch aus.

Im Weiteren werden die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg zu den Kosten der Dacheindeckung, zusätzliche Kosten für Brandschutzmaßnahmen und ein Brandschutzkonzept sowie den Termin der Eröffnung der Leichtathletikhalle beantwortet.

**neu Information über den aktuellen Sachstand – Betriebsvereinbarung Klinikum Ernst von Bergmann (entsprechend der Anfrage 14/SVV/0627 aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 09.07.14)**

Herr Grebner, Geschäftsführer der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH halte sich derzeit in Forst auf, so Frau Müller-Preinesberger, und könne daher nicht persönlich zu dem Thema berichten. Daher informiere sie über die aktuelle Situation, die ihr seitens der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH zugearbeitet worden sei:

Am 20.2.2014 habe es ein erstes Treffen mit dem Betriebsrat der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH zum Thema Einsatz von Personal in anderen Einrichtungen gegeben.

Am 8.4.2014 habe der Betriebsrat diesbezüglich einen 1. Entwurf einer Regelungsabrede seitens des Klinikums erhalten.

Am 9.4. und 25.4. habe ein 2. und 3. Treffen zwischen der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH und dem Betriebsrat stattgefunden.

Dem Wunsch des Betriebsrates zur Übernahme der Kosten für einen juristischen Beistand habe die Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH am 29.4.2014 entsprochen.

Mit Schreiben vom 1.7.2014 sei seitens des Rechtsbeistandes des Betriebsrates ein eigener Entwurf einer Betriebsvereinbarung angekündigt worden; dieser stehe bisher noch aus. Ein weiteres Treffen sei für den 22.9.2014 vorgesehen.

Frau Müller-Preinesberger teilt weiterhin mit, dass für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Tätigkeiten an anderen Standorten und Einrichtungen als in der Landeshauptstadt Potsdam wahrnehmen, arbeitsvertragliche Regelungen getroffen worden seien. Dieses betreffe im weitaus überwiegenden Teil das ärztliche Personal.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller wird eine Information nach Abschluss der Verhandlungen im Hauptausschuss zugesagt.

## **zu 7      Sonstiges**

### **Restaurant „Minsk“**

Auf die Nachfrage der Fraktion DIE LINKE zu den Rahmenbedingungen und Nutzungsplänen für das ehemaligen Restaurant „Minsk“ informiert Herr Böhme, dass alle 29 Interessenten, die sich in den letzten zwei Jahren gemeldet haben, angeschrieben worden seien. Zum vorgegebenen Termin habe es vier verbindliche Angebote gegeben, davon drei mit einem konkreten Kostenangebot. Bis Mitte September werde es Gespräche zu den Angeboten geben und diese anschließend ausgewertet.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass sich das weitere Verfahren insbesondere an dem Erlös aus dem Grundstück „festmache“. Er meine aber, eine Entscheidung sollte nicht nur auf Grund des Erlöses aus dem Grundstücksverkauf gefällt werden, sondern sich auch an einer sinnvollen Nutzung orientieren, wie z. B. dem Vorschlag des Landessportbundes.

### **110-KV-Leitung Golm**

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch, ob die Grundstückseigentümer bereit seien, den Wertausgleich für ihre Grundstücke zu zahlen, antwortet der Oberbürgermeister. 6 von 41 betroffenen Grundstückseigentümern signalisieren eine mögliche Zustimmung unter dem Vorbehalt der genauen Kenntnis des letztendlichen Betrages. Soweit hierzu entsprechende Informationen vorliegen, werden die Gespräche fortgesetzt.

### **Fraktionsfinanzierung/Entschädigungssatzung**

Frau Ziegenbein verweist auf die Mitteilungsvorlage bezüglich der Prüfung der Verwendungsnachweise der Fraktionszuwendungen. In diesem Zusammenhang habe der Oberbürgermeister den Vorschlag unterbreitet, die

Fraktionsfinanzierung für die Wahlperiode 2014 – 2019 im Rahmen einer Arbeitsgruppe auf Grundlage eines bis dahin vorliegenden Entwurfs zu besprechen.

Dem folgend wird vorgeschlagen, eine erste Sitzung der Arbeitsgruppe am 16.09.2014 unter Leitung von Herrn Exner durchzuführen. Im Weiteren wird vorgeschlagen, damit auch einen Entwurf der Entschädigungssatzung zu besprechen. Im Vorfeld wird zu beiden Themen eine Diskussionsgrundlage ausgereicht.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.